

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Mäßiges Wirtschaftswachstum mit hoher Arbeitslosigkeit

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2020

Mäßiges Wirtschaftswachstum mit hoher Arbeitslosigkeit. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2020

Nach der flauen Entwicklung 2012/2015 (+0,5% p. a.) expandiert die heimische Wirtschaft mittelfristig mäßig (2016/2020 +1,5% p. a.). Insbesondere wachsen die Investitionen verhalten, und der Außenbeitrag trägt zum Wirtschaftswachstum weniger bei als vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Der private Konsum erhält durch den Anstieg der verfügbaren Einkommen infolge der Steuerreform einen positiven Impuls und dürfte im Prognosezeitraum um 1,3% p. a. wachsen (2011/2015 +0,5% p. a.). Die leichte Expansion ermöglicht zwar eine Ausweitung der Beschäftigung (2016/2020 +1% p. a.), diese reicht aber nicht aus, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit bis 2018 zu verhindern, da das Arbeitskräfteangebot aus dem Inland und vor allem aus dem Ausland insgesamt stärker zunimmt. Die Arbeitslosenquote dürfte 2017/18 einen Höchstwert von 9,9% (gemäß AMS-Definition) erreichen und bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 9,4% zurückgehen. Der Inflationsdruck bleibt mittelfristig gering, das Inflationsdifferential zum Euro-Raum sollte sich merklich verringern. Die Inflationsrate wird durchschnittlich 1,8% betragen. Ein ausgeglichener Staatshaushalt (sowohl strukturell als auch nach Maastricht-Definition) wird aufgrund des prognostizierten Konjunkturverlaufes und der angenommenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erst zum Ende des Prognosezeitraumes erwartet.

Moderate Growth with High Unemployment. Medium-term Forecast for the Austrian Economy until 2020

Following a period of sluggish activity from 2012 to 2015 (+0.5 percent p.a.), the Austrian economy is expected to grow moderately at an annual average of 1.5 percent over the next five years. Investment will lack momentum, and the external contribution to GDP growth will be smaller than prior to the financial market crisis and the recession. Private consumption, receiving stimulus from higher disposable income as a result of the income tax reform, is projected to gain 1.3 percent p.a. from 2016 to 2020, after +0.5 percent p.a. between 2011 and 2015. While the pace of economic growth will allow the number of jobs to increase by an average 1 percent p.a. over the forecast horizon, unemployment will nevertheless keep rising until 2018, due to the growth of labour supply (domestic and foreign) outpacing demand. The unemployment rate will peak at 9.9 percent of the dependent labour force (national definition), before abating to 9.4 percent towards the end of the forecast period. Inflation pressure stays low over the medium term, at an annual rate of 1.8 percent, and its differential vis-à-vis the euro area is expected to narrow. On the basis of the underlying assumptions on the profile of the business cycle and the policy settings, a balanced government budget (both in nominal/Maastricht and in structural terms) will only be reached at the end of the projection period.

Kontakt:

Mag. Dr. Josef Baumgartner: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Josef.Baumgartner@wifo.ac.at
Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at
apl. Prof. Dr. Hans Pitlik: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Hans.Pitlik@wifo.ac.at
Dr. Margit Schratzenstaller: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Margit.Schratzenstaller@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Karl Aiginger, Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (Christine.Kaufmann@wifo.ac.at)

1. Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euro-Raum verloren

Seit der Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wuchs das reale BIP in Österreich rascher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+½ Prozentpunkt; Breuss, 2013), und auch die Rezession 2009 bewältigte die österreichische Wirtschaft besser.

In den Jahren 2014 bis 2016 expandiert die österreichische Wirtschaft aber deutlich unterdurchschnittlich (Scheiblecker, 2015A, Tichy, 2015). Erst 2017 dürfte das Wachstum wieder zum Durchschnitt des Euro-Raumes aufschließen. Über den gesamten

Prognosezeitraum dürfte es in Österreich mit +1½% p. a. ähnlich hoch ausfallen wie im Euro-Raum insgesamt.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
Nominell	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,4
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf, real ¹⁾	+ 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	± 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ²⁾	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
	Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	4,9	5,3	6,0	5,8	6,0	6,1	6,1	6,0	5,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,6	7,8	9,7	9,2	9,7	9,9	9,9	9,7	9,4
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,6	3,2	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	4,2	4,4
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 3,0	- 2,1	- 1,2	- 1,9	- 2,0	- 1,7	- 1,2	- 0,8	- 0,3
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,8	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3
Struktureller Budgetsaldo	- 2,9	- 1,1	- 0,7	- 0,3	- 1,1	- 1,0	- 0,7	- 0,5	- 0,3
Staatsschuld	72,5	83,0	82,7	86,2	85,3	84,6	83,3	81,5	79,1
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	11,3	7,9	8,4	7,7	8,2	8,3	8,4	8,4	8,5
	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Jährliche Veränderung in %								
Trend-Output, real	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3
	Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	In % des Trend-Outputs								
Outputlücke, real	+ 0,1	- 0,9	- 0,6	- 1,8	- 1,3	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ³⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienner. – ⁴⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 2005/2010	Ø 2010/2015	Ø 2015/2020
	Jährliche Veränderung in %		
Bruttoinlandsprodukt, real Euro-Raum	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,4
	Ø 2006/2010	Ø 2011/2015	Ø 2016/2020
	\$ je €		
Wechselkurs	1,36	1,29	1,15
	\$ je Barrel		
Erdölpreis, Brent	75	97	65

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

Reales BIP, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Eurostat, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

2. Steuerreform unterstützt privaten Konsum

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft baut bis zum Jahr 2016 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom September 2015 auf (Scheibl-ecker, 2015B). Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005) und basieren auf den Annahmen zur internationalen Konjunktur von Schiman (2015).

Im Laufe der Jahre 2015 und 2016 gewinnt die Konjunktur vor allem in Nordamerika und Ostmitteleuropa wieder an Schwung. Über den gesamten Prognosehorizont von 2016 bis 2020 dürfte das Wachstum in den USA 2,5% p. a. erreichen. Im Euro-Raum wird es – nicht zuletzt aufgrund der zurückhaltenden Fiskalpolitik und weil Strukturreformen in den letzten Jahren ausblieben – lediglich durchschnittlich knapp 1½% pro Jahr betragen. Es ist damit um fast 1 Prozentpunkt höher als in der Periode 2011/2015. Die ostmitteleuropäischen Länder dürften mit +2,7% p. a. eine um ½ Prozentpunkt höhere Rate verzeichnen als in der Fünfjahresperiode zuvor.

Ab 2018 wird ein leichter Anstieg der kurzfristigen Zinssätze im Euro-Raum unterstellt. Die Finanzierungsbedingungen bleiben zwar relativ günstig, die ungünstigen Absatzerwartungen und die Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt dämpfen jedoch weiterhin die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in den für die österreichischen Exporte wichtigen Ländern (rund die Hälfte der österreichischen Exporte geht in den Euro-Raum).

Die Rohölpreise ziehen, so die Annahme, von 55 \$ je Barrel im Jahr 2015 auf 67 \$ im Jahr 2020 etwas an, bleiben aber deutlich unter dem Niveau der letzten zehn Jahre (86,1 \$). Zudem beruht die Prognose auf einer geringfügigen Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar von 1,10 \$ im Jahresdurchschnitt 2015 auf 1,20 \$ im Jahr 2020.

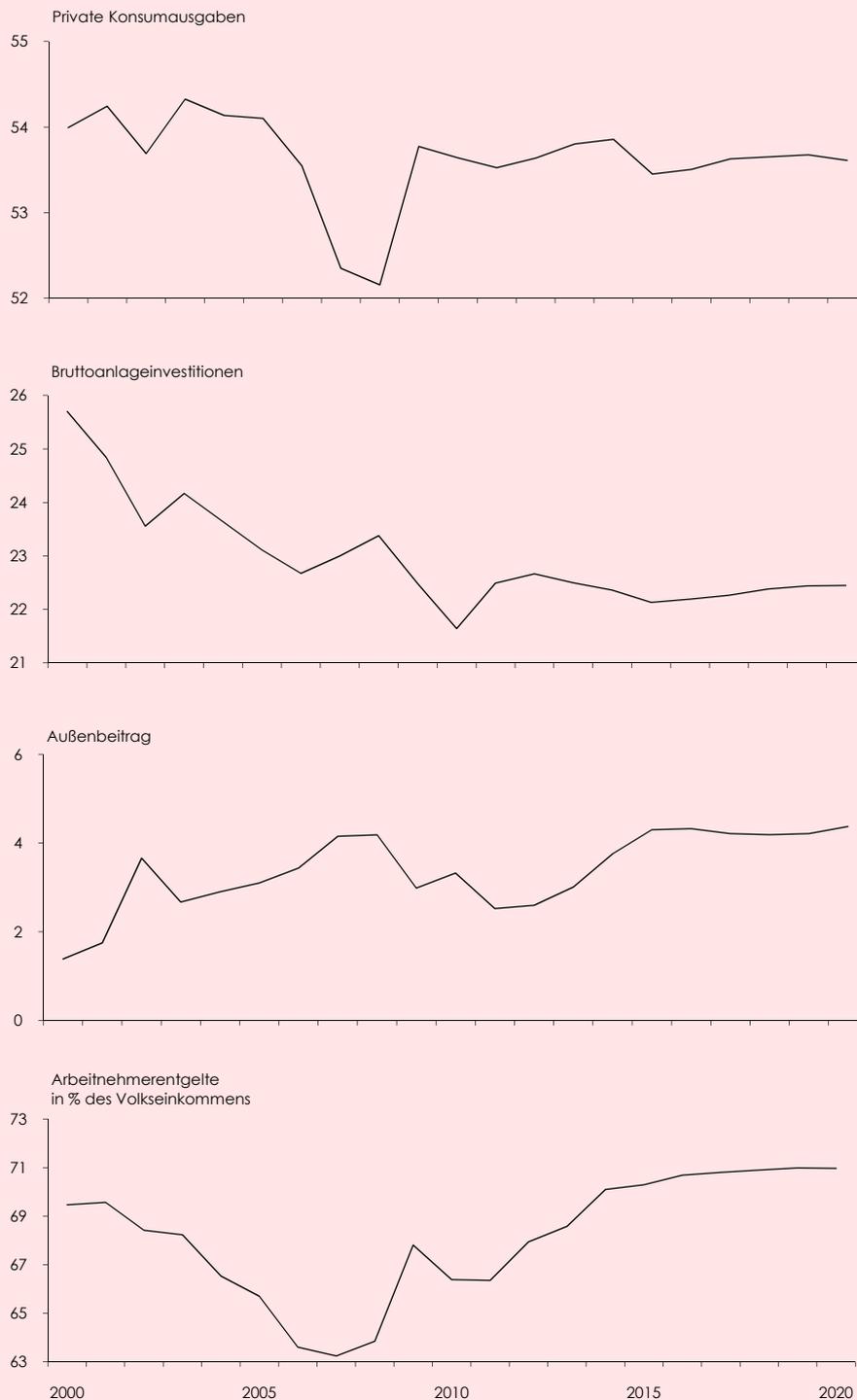
Wegen der engen internationalen Verflechtung, vor allem mit dem Euro-Raum und den Nachbarländern, wird die Konjunktur in Österreich maßgeblich von der Entwicklung im Ausland bestimmt. Das WIFO erwartet für Europa weiterhin ein gedämpftes Wachstum. Dementsprechend werden die realen Exporte in den Jahren 2016 bis 2020 voraussichtlich um 3,7% pro Jahr ausgeweitet. Dem Trend der letzten Jahre folgend, wird sich über den Prognosehorizont die internationale Marktposition weiter verschlechtern. Da die realen Importe zwar eine ähnliche, aber etwas schwächere

Durch die Belebung des Welthandels nehmen die österreichischen Exporte durchschnittlich um 3,7% pro Jahr zu. In der Folge expandiert die heimische Wirtschaft um 1½% p. a. Die Wachstumsrate des realen Trend-Outputs wird in der Prognoseperiode 1,3% nicht überschreiten. Ausgehend von -1,8% im Jahr 2015 wird sich die Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes schließen.

Dynamik zeigen, wird der Außenhandel weiterhin einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Der Außenbeitrag dürfte im Prognosezeitraum mit 4¼% des BIP um etwa 1 Prozentpunkt höher sein als in der Fünfjahresperiode 2011/2015.

Abbildung 2: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden trotz günstiger Finanzierungsbedingungen aufgrund schwacher Absatzerwartungen im In- und Ausland weiterhin nur mäßig ausgeweitet (+2,3% p. a., 2011/2015 +2,6% p. a.).

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Jährliche Veränderung in %								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3
Staat	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
Ausrüstungen ²⁾	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,2
Bauten	- 2,4	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Exporte	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,7	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,9
Importe	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,8
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die privaten Wohnbauinvestitionen sollten wegen des Bevölkerungswachstums (laut Statistik Austria 2016/2020 kumuliert rund +3,1%) bzw. des daraus abgeleiteten Anstieges der Zahl privater Haushalte (laut Statistik Austria kumuliert etwa +4¼%) sowie des hohen Niveaus der Immobilienpreise an Schwung gewinnen. Die angekündigten Initiativen der öffentlichen Hand zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum sind derzeit noch zu vage, um in die Prognose einzugehen. Dem steht das Konsolidierungsziel der öffentlichen Haushalte gegenüber, sodass der mittelfristige Ausblick für den Tiefbau weiterhin getrübt ist. Die gesamte Bautätigkeit entwickelt sich daher nur mäßig (2016/2020 +1¼% p. a.).

Steuerreform 2015/16

Die mittelfristige WIFO-Prognose berücksichtigt die Effekte der Steuerreform 2015/16. Die Mindereinnahmen aufgrund der angekündigten Steuerentlastung (Tarifanpassung in der Lohn- und Einkommensteuer, Änderungen bezüglich Negativsteuer, Absetz- und Freibeträgen) werden für 2016 auf brutto rund 4 Mrd. € (1,1% des prognostizierten BIP) und ab dem Jahr 2017 auf 5,2 Mrd. € p. a. (rund 1½% des BIP) geschätzt. Das Volumen der angekündigten Maßnahmen zur Gegenfinanzierung (Anhebung des Steuersatzes für höhere Einkommen, Anhebung der Grunderwerbsteuer, Einschränkung der Steuerausnahmen in der Einkommen- und Umsatzsteuer und Steuerbetrugsbekämpfung sowie die Verringerung von Förderungen und Einsparung von Verwaltungsausgaben) wird 2016 3,6 Mrd. € erreichen und bis 2019 auf 4,6 Mrd. € steigen, wenn annahmegemäß alle diese Maßnahmen zeitgerecht und vollständig umgesetzt werden.

In diesem Szenario würde sich der Steuerkeil (Differenz zwischen dem Brutto- und dem Nettolohn) verringern, die Nettoreallöhne steigen pro Kopf mittelfristig um gut 3% stärker als in der Basislösung ohne Steuerreform. Dies erhöht im Jahr 2016 das verfügbare reale Einkommen der privaten Haushalte um knapp 1%, den privaten Konsum um 0,4% und die Sparquote um 0,5 Prozentpunkte. Kumuliert über vier Jahre nimmt der reale Konsum um knapp ¾% und das reale BIP um ¼% stärker zu, die Verbraucherpreise steigen um ½% stärker. Der gewählte Maßnahmen-Mix könnte mittelfristig eine Verlagerung der Nachfrage vom öffentlichen (-0,9%) zum privaten Konsum (+0,7%) und eine Verringerung der Abgabenquote um ½ Prozentpunkt bewirken.

Eine verzögerte oder unvollständige Umsetzung der Gegenfinanzierungsmaßnahmen im Bereich der Bekämpfung von Steuerbetrug und der Einsparungen in Förderungen und Verwaltung hätte kurzfristig eine etwas stärkere expansive Wirkung (reales BIP kumuliert über 4 Jahre bis zu +0,2 Prozentpunkte) zulasten des Budgetdefizits und der öffentlichen Verschuldung (um bis zu +1 Prozentpunkt des BIP). Die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Steuerreform 2015/16 analysieren im Detail Baumgartner – Kaniowski (2015).

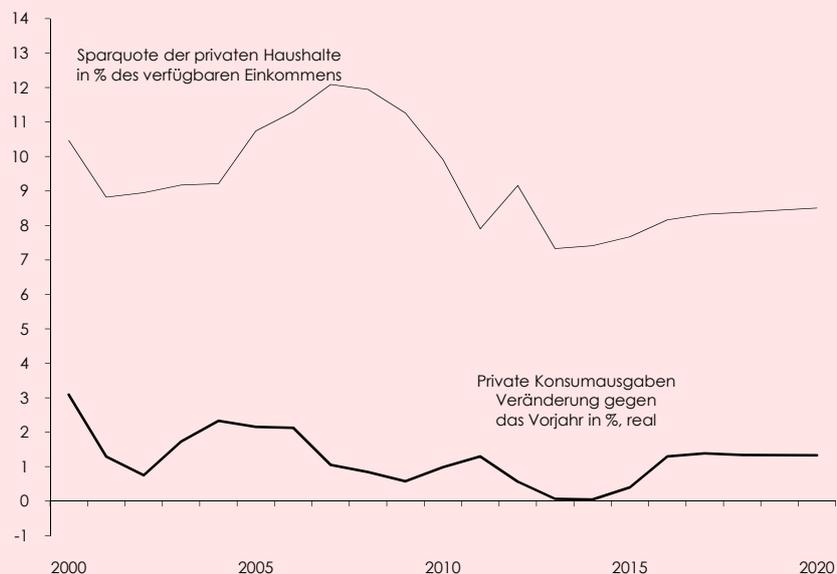
Das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte wächst im Prognosezeitraum mit +1,5% p. a. um 1½ Prozentpunkte stärker als im Durchschnitt 2011/2015. Getragen wird diese Entwicklung vor allem von der Steigerung der verfügbaren realen

Nettohaushaltseinkommen um 1% durch die 2016 in Kraft tretende Tarifierpassung in der Lohn- und Einkommensteuer (einschließlich Gegenfinanzierung; siehe dazu Kasten "Steuerreform 2015/16"). Weiters dürften die Bruttolohneinkommen nicht mehr schrumpfen (pro Kopf real 2016/2020 +0,2%, 2011/2015 -0,2%), und auch die Selbständigeneinkommen werden sich günstiger entwickeln als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (Bruttobetriebsüberschuss: 2016/2020 +3,0%, 2011/2015 +1,9%).

Im Zeitraum 2007/2013 reagierten die privaten Haushalte mit Entsparen auf die realen Einkommensverluste und stabilisierten damit ihre Konsumnachfrage. Die Sparquote sank in diesen Jahren um 4,8 Prozentpunkte von 12,1% 2007 auf 7,3% 2013. In den Folgejahren stieg sie wieder etwas (2015: 7,7%). Im Prognosezeitraum besteht aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus wenig Anreiz, die Ersparnisbildung zu erhöhen. Der angenommene Anstieg der Sparquote auf 8,5% bis zum Jahr 2020 ist in erster Linie auf die Zunahme der Einkommen durch die Steuerreform zurückzuführen (Beitrag +0,5 Prozentpunkte).

Diese Einkommenserhöhung wirkt der seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beobachteten Konsumzurückhaltung der Haushalte entgegen. Der private Konsum dürfte 2016/2020 real um 1,3% pro Jahr gesteigert werden (2011/2015 +0,5%).

Abbildung 3: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Nach der Schwächephase 2012/2015 (BIP real +0,5% p. a.) dürfte das Wirtschaftswachstum wieder etwas an Schwung gewinnen. Im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre wird eine BIP-Steigerung um 1½% pro Jahr erwartet (2011/2015 +1,0% p. a.); nominell wird die Wirtschaftsleistung um jährlich 3,1% zunehmen (2011/2015 +2,7% p. a.).

Getragen wird diese Entwicklung knapp zur Hälfte vom Wachstumsbeitrag des privaten Konsums, zu knapp einem Viertel von den privaten Investitionen und zu jeweils gut einem Achtel von den öffentlichen Ausgaben und der Außenwirtschaft.

3. Trend-Output und die Outputlücke

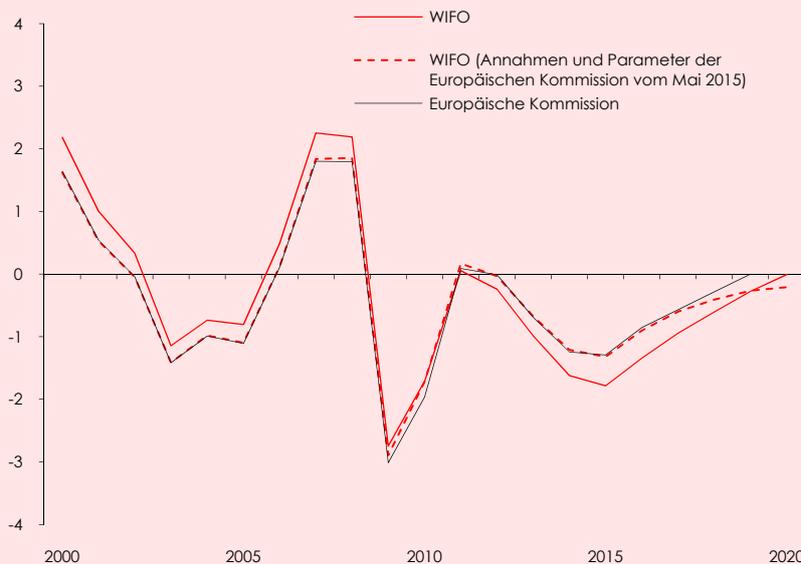
Die Outputlücke (relative Abweichung des tatsächlichen Outputs vom Trend-Output) ist ein Maß der gesamtwirtschaftlichen Auslastung einer Volkswirtschaft. Sie ist dann negativ (gesamtwirtschaftliche Unterauslastung), wenn das Niveau des realen BIP unter jenem des Trend-Outputs liegt. Die Outputlücke wird nach den im Euro-Raum geltenden Fiskalregeln zur Berechnung des strukturellen Budgetsaldos ver-

wendet, welcher zur Beurteilung des Finanzierungssaldos des Staates herangezogen wird.

Seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 war die Outputlücke in Österreich mit Ausnahme von 2011 stets negativ. Angesichts der gegenwärtig schwachen Wachstumsperspektiven in Österreich geht das WIFO von einer nur langsamen Verringerung der Outputlücke aus.

Abbildung 4: Outputlücke

Real, in % des Trend-Outputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trend-Outputs

		Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WIFO-Schätzung										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
Trend-Output	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
		Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2019	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Schätzung der Europäischen Kommission										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,5	–
Trend-Output	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2	–
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	–
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	–
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	– 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	–

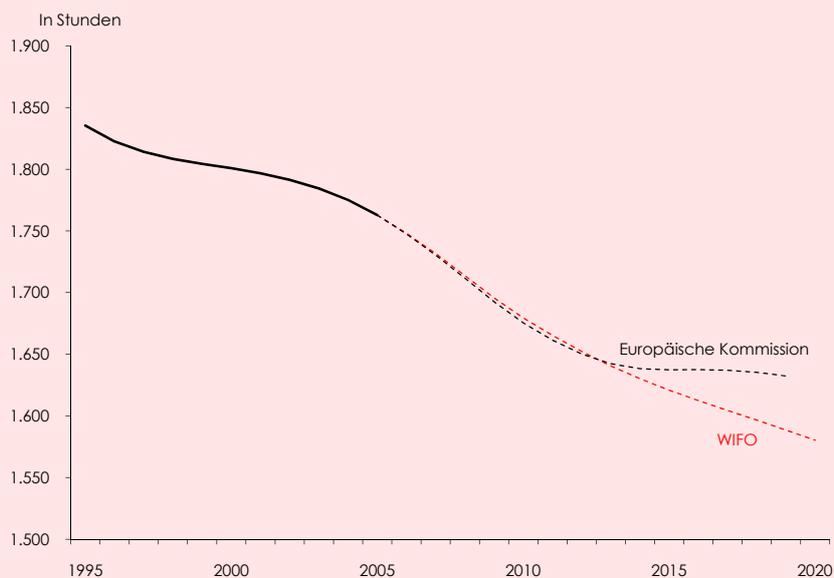
Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Die Prognose bis 2019 der Europäischen Kommission vom Frühjahr 2015 (*Europäische Kommission, 2015A, 2015B*) ging von einer etwas kleineren Outputlücke für 2015 aus (Abbildung 4). Die Abweichung von der vorliegenden WIFO-Prognose 2015/2020 ergibt sich aus der unterschiedlichen Einschätzung des Wirtschaftswachstums und des Trend-Outputs. Für die Jahre 2016 bis 2019 unterstellt die Europäische Kommission eine jährliche reale BIP-Steigerung um 1,4%; das WIFO geht für die Jahre 2016 bis 2020 von einer Rate von +1,5% p. a. aus. Das Wachstum des Trend-Outputs beträgt laut der Europäischen Kommission 1,1% p. a., laut WIFO 1,2% p. a. Dadurch ergibt

sich in der WIFO-Prognose ab 2016 eine im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte größere Outputlücke.

Wie die Zerlegung des Trendwachstums zeigt, wurde dieses in den Jahren vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 überwiegend von der Zunahme der gesamten Faktorproduktivität (TFP) und der Kapitalakkumulation (Investitionen) getragen. Der Beitrag der Arbeit (gemessen am Arbeitsvolumen in Stunden) war trotz der Beschäftigungszuwächse gering, da gleichzeitig die Teilzeitquote stieg und damit die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit pro Kopf sank (Übersicht 4).

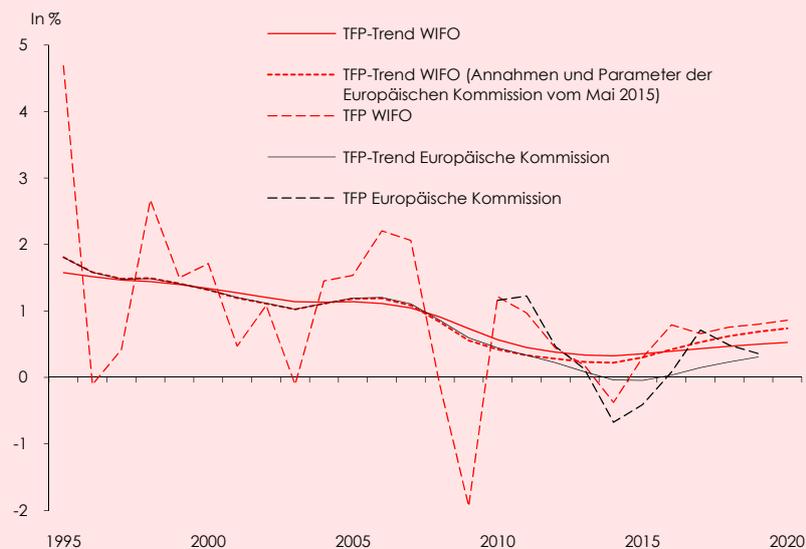
Abbildung 5: Arbeitszeit pro Kopf



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität (TFP)

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Infolge der Krise ging der Beitrag der TFP merklich zurück. Ein Teil dieses Rückganges ist auch der unzureichenden Bereinigung des Solow-Residuums um Konjunktur-

schwankungen zuzuschreiben (siehe dazu Kasten "Die Methode der Europäischen Kommission zur Berechnung der Outputlücke"). Obwohl 2009/10 die Investitionen ebenfalls stark sanken, war die Kapitalbildung in den Jahren nach Ausbruch der Krise der wichtigste Bestimmungsfaktor für das Trendwachstum. Die WIFO-Prognose unterstellt, dass künftig die Produktivitätssteigerung wieder stärker das Wachstum bestimmt. Vom Arbeitsmarkt sind hingegen kaum Impulse zu erwarten, da die Arbeitslosigkeit hoch ist und der rückläufige Trend der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Beschäftigungsverhältnis anhalten wird (Abbildung 5). Auch die Investitionstätigkeit dürfte trotz günstiger Finanzierungsbedingungen wegen schwacher Absatzerwartungen gedämpft bleiben.

Die Methode der Europäischen Kommission zur Berechnung der Outputlücke

Die Methode der Europäischen Kommission betrachtet den Trend-Output als jenes Produktionsniveau, bei dem kein zunehmender Lohninflationsdruck entsteht. Stabile Inflation geht im neoklassischen Wachstumsmodell mit einem stabilen Wachstumspfad (steady state) einher. Eine zyklische Überauslastung zeigt sich durch einen Anstieg der Lohninflation.

Die Europäische Kommission berechnet den Trend-Output mit einem Produktionsfunktionsansatz. Demnach wird das reale BIP durch den Einsatz von Arbeit und Sachkapital als Inputfaktoren erzielt. Die normale (nicht inflationssteigernde) Auslastung der Inputfaktoren wird sowohl mit statistischen Glättungsverfahren wie dem Hodrick-Prescott-Filter als auch mit strukturellen Modellen (Kalman-Filter) geschätzt. Letztere werden für die Konjunkturbereinigung der gesamten Faktorproduktivität und die Bestimmung der strukturellen Arbeitslosenquote (NAWRU) verwendet.

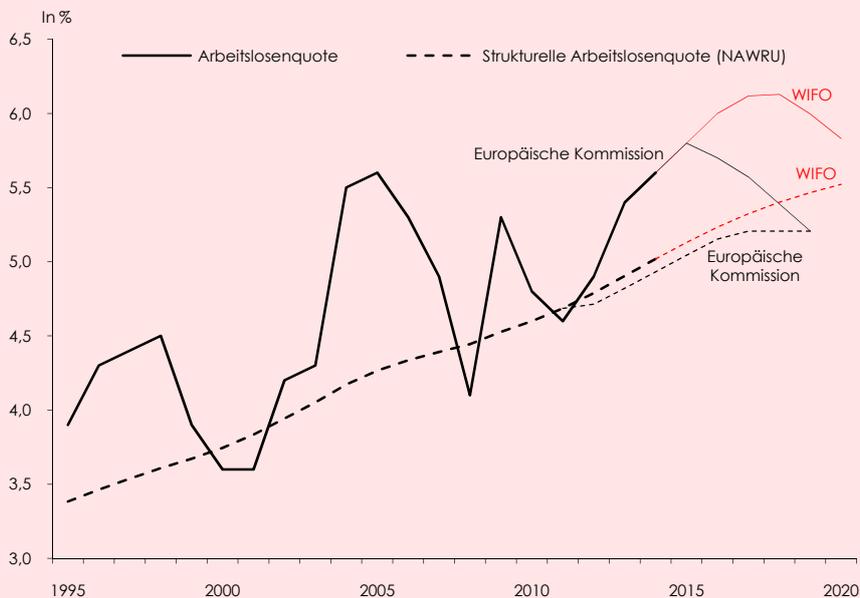
Die gesamte Faktorproduktivität (TFP) entspricht jenem Teil des Outputs, der durch den Kapital- und Arbeitseinsatz nicht erklärbar ist (Solow-Residuum). Das Solow-Residuum wird ebenfalls um die konjunkturbedingten Schwankungen der Kapazitätsauslastung bereinigt. Dazu werden strukturelle Modelle mit der Kapazitätsauslastung laut den Umfragen des Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission, GD ECFIN, eingesetzt. Dabei spielt die Annahme über die Varianz des unbeobachteten TFP-Trends eine wichtige Rolle. Ein flexiblerer TFP-Trend enthält in der Regel mehr Konjunkturschwankungen, was eine weniger genaue Einschätzung der Konjunkturlage zur Folge haben kann (Planas – Roeger – Rossi, 2013). Somit ist ein flexiblerer Trend revisionsanfälliger und erschwert darüber hinaus die Planbarkeit in Bezug auf die Erreichung struktureller Budgetziele.

Um die Vergleichbarkeit mit den Schätzungen der Europäischen Kommission zu wahren, wendet das WIFO ebenfalls den Produktionsfunktionsansatz der Kommission auf die WIFO-Prognose an. Die Abweichungen zwischen den Prognosen des Trend-Outputs und der Outputlücke sind einerseits auf das unterschiedliche Konjunkturszenario und andererseits auf eine weniger prozyklische Schätzung des TFP-Trends zurückzuführen. Das Konjunkturszenario unterscheidet sich durch die Einschätzung des BIP-Wachstums und der Entwicklung der Arbeitslosenquote (Übersicht 4 und Abbildung 7) über einen längeren Prognosehorizont sowie durch die unterstellte Dynamik der Erwerbsbeteiligung und der geleisteten Arbeitszeit pro Kopf (Abbildungen 5 und 8). Das WIFO geht von einer um bis zu ½ Prozentpunkt höheren Erwerbsquote aus als die Europäische Kommission in ihrer Frühjahrprognose 2015, wenngleich der durchschnittliche Stundeneinsatz je Beschäftigungsverhältnis wegen steigender Teilzeitbeschäftigung weiter sinkt (Abbildung 5). Eine (dauerhafte) Verringerung des Steuerkeils (Differenz zwischen dem Brutto- und dem Nettolohn) für die Unselbständigen setzt Anreize zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und steigert dadurch das Wachstums- und Beschäftigungspotential und damit den Trend-Output. Auf der Basis der vorliegenden WIFO-Prognose bis 2020 wurde für die Berechnung des Trend-Output der TFP-Trend gemäß der Maximum-Likelihood-Schätzung jenem der bayesianischen Schätzung (jeweils mit den Parameterwerten der Europäischen Kommission vom April 2015) vorgezogen, da ersterer eine geringer schwankende Trend-Output-Veränderung generiert. Eine weitere Diskussion der Methode der Europäischen Kommission findet sich in Bilek-Steindl et al. (2013), Klär (2013), Havik et al. (2014) und Hers – Suyker (2014).

Die Europäische Kommission schätzt hingegen die künftige Entwicklung des Arbeitsvolumens für die kommenden Jahre deutlich optimistischer ein (Abbildung 5), bei gleichzeitiger Verlangsamung des TFP-Wachstums (Abbildung 6). Entsprechend niedriger ist der Beitrag der TFP zum Trendwachstum.

Abbildung 7: Arbeitslosenquote (laut Eurostat) und strukturelle Arbeitslosenquote (NAWRU)

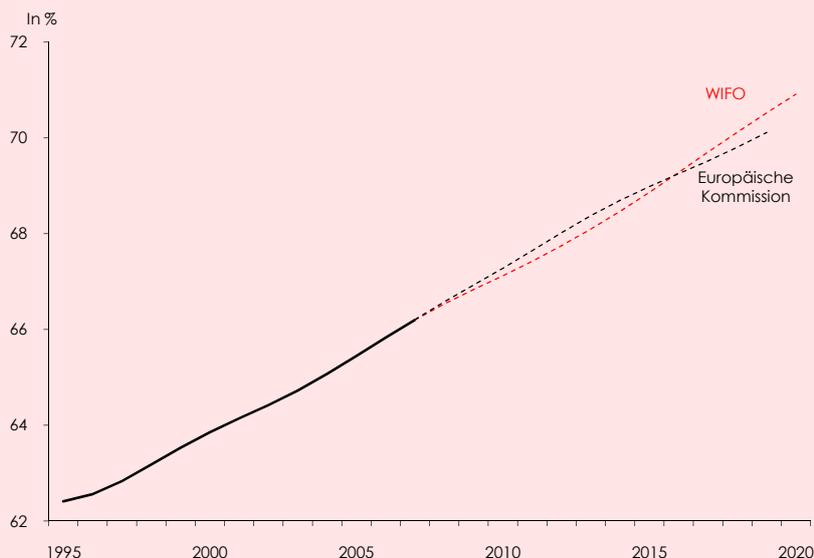
In % der Erwerbspersonen



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 8: Erwerbsbeteiligung

In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, Trend



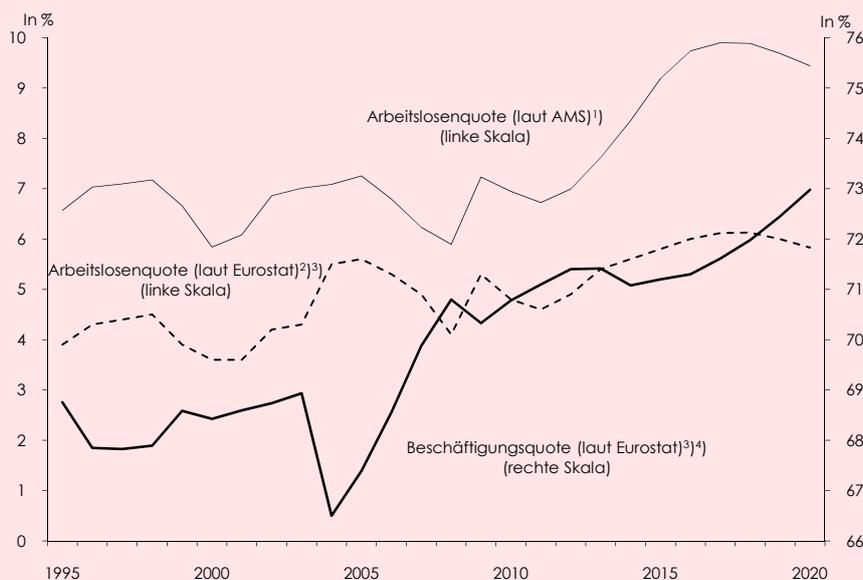
Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre).

4. Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich weiter

Das erwartete reale BIP-Wachstum von durchschnittlich 1½% p. a. wird in der Periode 2016/2020 eine Ausweitung der Zahl der unselbständigen Aktivbeschäftigungsverhältnisse um durchschnittlich 1,0% pro Jahr ermöglichen. Da das Angebot an in- und ausländischen Arbeitskräften bis 2017 etwas stärker zunimmt, wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Der Beschäftigungszuwachs entfällt auf den privaten Sektor, während aufgrund der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen mit einem leichten Rückgang der Zahl öffentlich Bediensteter ab 2017 gerechnet wird (kumuliert 2017/2020 –1.000 Personen).

Der Anstieg des Arbeitskräfteangebotes (+0,9% p. a. bzw. +37.100 pro Jahr) resultiert in den kommenden Jahren vor allem aus einer Zunahme der Zahl ausländischer Beschäftigter (2016/2020 durchschnittlich +29.700 Personen pro Jahr), der anhaltenden Ausweitung der Frauenerwerbsbeteiligung und der mit 1. Jänner 2014 eingeführten Einschränkung des Zuganges zur Früh- bzw. Invaliditätspension. Die Steigerung des ausländischen Arbeitskräfteangebotes wirkt der Alterung der inländischen Erwerbsbevölkerung entgegen (absoluter Rückgang der inländischen Bevölkerung unter 50 Jahren). Das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verläuft aus demographischen Gründen mittelfristig flach (+0,4% p. a.); die demographische Schere zwischen Aktiven und Personen im Ruhestand wird sich mit dem Ausscheiden der ersten geburtenstärkeren Jahrgänge (Anfang bis Mitte der 1950er-Jahre) aber weiter öffnen¹⁾.

Abbildung 9: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: AMS, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – ²⁾ In % der Erwerbspersonen. – ³⁾ Labour Force Survey. – ⁴⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Der Neuzugang zur vorzeitigen Alterspension betrug im Jahr 2013 noch gut 38.000 Personen. Im Prognosezeitraum wird mit einem Nachlassen auf rund 20.000 Personen im Jahr 2020 gerechnet, bei gleichzeitig steigender Bevölkerungszahl in der für die vorzeitige Alterspension relevanten Altersgruppe²⁾.

¹⁾ Standen im Jahr 2013 noch einer Person im Ruhestandsalter (Frauen ab 60 und Männer ab 65 Jahren) 2,2 aktiv Beschäftigte (unselbständig aktiv Beschäftigte und Selbständige) gegenüber, so dürfte dieses Verhältnis im Jahr 2020 1 : 2,0 Personen betragen.

²⁾ Die relevante Altersgruppe der Frauen zwischen 50 und 59 Jahren und der Männer zwischen 55 und 64 Jahren dürfte gemäß der hohen Wanderungsvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria vom

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	4,9	5,3	6,0	5,8	6,0	6,1	6,1	6,0	5,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	6,6	7,8	9,7	9,2	9,7	9,9	9,9	9,7	9,4
	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Jährliche Veränderung in %								
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
Selbständige ⁵⁾	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Arbeitslose	- 0,1	+ 7,3	+ 1,5	+ 11,9	+ 7,6	+ 2,6	+ 0,7	- 1,3	- 1,9
Produktivität ⁶⁾	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4
Lohn- und Gehaltssumme ⁷⁾	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,4
Pro Kopf, real ⁸⁾	+ 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	± 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenziener. – ⁵⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁶⁾ BIP real je Erwerbstätigen (unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁷⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁸⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

Um die beträchtliche Zunahme der Zahl der Asylanträge im Zeitraum Jänner bis August 2015 (46.133 – für August noch vorläufige Werte; Jänner bis August 2014: 13.712) und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerungszahl in der aktuellen Prognose abzubilden, wurde auf das hohe statt wie bisher auf das mittlere Wanderungsszenario der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria vom November 2014 zurückgegriffen: Asylsuchende, die sich registriert länger als 90 Tage in Österreich aufhalten, werden in der Bevölkerungsstatistik erfasst. Aufgrund der geopolitischen Lage, insbesondere in Syrien, Afghanistan und dem Irak, wird die Bevölkerung in Österreich auch in den nächsten Jahren durch den Zustrom von Asylsuchenden bzw. anerkannten Flüchtlingen stärker wachsen als ursprünglich im mittleren Wanderungsszenario angenommen wurde. Nach Anerkennung des Flüchtlingsstatus wird ein erheblicher Teil dieser Personengruppe auch dem Arbeitskräfteangebot zuzurechnen sein. Die Prognose geht dabei von der bis August 2015 registrierten (vorläufigen) Zahl der Asylsuchenden in Österreich und einer daraus folgenden Hochschätzung für das gesamte Jahr 2015 aus. Für das Jahr 2016 ergibt sich somit eine Steigerung des Arbeitskräfteangebotes um 15.000 Personen gegenüber der mittleren Wanderungsvariante.

Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) wird bis 2018 auf beinahe 10% steigen und danach nur langsam zurückgehen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte 2018 knapp 400.000 betragen.

Die Zahl der ausländischen Beschäftigten entwickelte sich in den ersten acht Monaten 2015 weniger dynamisch als im Vergleichszeitraum des Vorjahres: Von Jänner bis August 2015 erhöhte sich der Bestand um 26.318 auf 612.214 (Jänner bis August 2014 +32.691, 2014 insgesamt +31.970). Dieser Zuwachs entfällt seit der Gewährung der vollen Freizügigkeit 2011 in erster Linie auf die neuen EU-Länder, wenngleich sich die Bedeutung der Herkunftsregionen seit 2014 verschoben hat: Im Zeitraum Jänner bis August 2015 ging knapp die Hälfte des Anstieges auf Beschäftigte aus jenen Ländern zurück, die der EU 2004 beigetreten waren (+12.479), wobei Ungarn (+5.818) nach wie vor das wichtigste Senderland war. Im Jahr 2013 hatte der Anteil dieser Länder noch fast zwei Drittel betragen³⁾. Mit dem uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang für rumänische und bulgarische Arbeitskräfte (EU-Beitritt 2007) seit 1. Jänner 2014 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten aus diesen Ländern deutlich. Arbeits-

November 2014 im Jahr 2016 um 9% und im Jahr 2020 um 18% größer sein als 2013 (dem Jahr vor der Verschärfung der Zugangsbedingungen zur vorzeitigen Alterspension). Der Anteil der Personen mit vorzeitiger Alterspension an der oben definierten Altersgruppe wird von 3,5% im Jahr 2013 auf 1,5% im Jahr 2020 zurückgehen.

³⁾ Am 1. Mai 2004 traten die folgenden zehn Länder der Europäischen Union bei: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern und Malta. Nach dem Ablauf der Übergangsfrist erhielten mit 1. Mai 2011 alle Arbeitskräfte aus diesen Ländern den vollen Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt.

kräfte aus Rumänien und Bulgarien trugen im Zeitraum Jänner bis August 2015 ein Drittel des Anstieges der Ausländerbeschäftigung bei (+7.764, davon 6.157 aus Rumänien). Der Zustrom aus diesen beiden Ländern nahm in den ersten Monaten nach der Arbeitsmarktöffnung stetig zu und erreichte den Höchstwert Ende 2014 mit rund +13.000 gegenüber dem Vorjahr. Seit dem II. Quartal 2015 verläuft die Beschäftigungsausweitung merklich langsamer. Parallel dazu stabilisierte sich der Zustrom der Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern (Beitritt 2004) im Zeitraum Jänner bis August 2015 bei rund +12.500.

Mittelfristig dürfte die Zahl ausländischer Arbeitskräfte (einschließlich anerkannter Flüchtlinge) im Prognosezeitraum wieder etwas stärker steigen als für 2015 erwartet (2015 +27.000, 2017 +32.300, 2020 +28.000), wobei die leichte Konjunkturbelebung in den ostmitteleuropäischen Nachbarländern die Arbeitsmigration aus diesen Ländern etwas dämpfen dürfte.

Die Zahl der Arbeitslosen wird sich bis zum Jahr 2018 auf 397.000 erhöhen (+185.000 gegenüber dem Vorkrisenjahr 2008), sodass sich eine Arbeitslosenquote von 9,9% der unselbständigen Erwerbspersonen (AMS-Definition) bzw. 6,1% der Erwerbspersonen (Eurostat-Definition) ergibt. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes könnte die Arbeitslosenquote durch die Konjunkturerholung und das Nachlassen des Zustromes in das Arbeitskräfteangebot auf 9,4% zurückgehen. Die Arbeitslosenquote ist derzeit (und auch im Prognosezeitraum) die höchste seit der Zwischenkriegszeit⁴⁾.

5. Normalisierung des Inflationsgeschehens?

Der Preisauftrieb wurde in den letzten Jahren erheblich durch den Rückgang der internationalen Notierungen für Rohöl gedämpft. Die Prognose unterstellt, dass der Rohölpreis von knapp 55 \$ je Barrel im Jahr 2015 nur mäßig auf 67 \$ im Jahr 2020 anzieht und der Euro gegenüber dem Dollar leicht aufwertet (2015: 1,10 \$, 2020: 1,20 \$, +1,8% p. a.). Für die Weltmarktpreise von Industriewaren (auf Dollarbasis) wird ein Anstieg um 1,2% p. a. angenommen.

Übersicht 6: Preise

	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Jährliche Veränderung in %									
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9
Exporte	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5
Importe	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,1	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,3
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Neben den Energie- und Rohstoffnotierungen beeinflussen die Entwicklung der Lohnkosten und die Änderung von Verbrauchsteuern und Gebühren die Preisentwicklung. In den Jahren 2016 und 2017 wird die Tabaksteuer voraussichtlich neuerlich angehoben. Dies dürfte die Inflationsrate in beiden Jahren um jeweils rund 0,1 Prozentpunkt steigern. Die Erhöhung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes um 3 Prozentpunkte für ausgewählte Produkte, die Zunahme der Konsumnachfrage aufgrund der Ausweitung des verfügbaren Nettohaushaltseinkommens durch die Steuerreform sowie die teilweise Überwälzung von Steuern auf die Verbraucherpreise als Folge der Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung dürften 2016 zusammen zum Anstieg der Verbraucherpreise +0,3 Prozentpunkte und 2017 +0,2 Prozentpunkte beitragen.

⁴⁾ Siehe Butschek (1992) für historische Daten zum österreichischen Arbeitsmarkt.

Im Zeitraum 2016/2020 werden die Pro-Kopf-Nominallöhne um 2,0% p. a. steigen. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die wichtigste Determinante des inländischen Kostendruckes, wachsen um 1,5% p. a. Die Bruttoreallöhne pro Kopf dürften im Prognosezeitraum um 0,2% p. a. zunehmen. Damit bleibt die Entwicklung der Reallohne leicht hinter jener der Arbeitsproduktivität zurück und sollte daher keinen inflationstreibenden Effekt entfalten.

Im Umfeld aus wieder (leicht) steigenden Preisen von Mineralölprodukten (deren Verbilligung dämpfte 2013/2015 die Inflation) und der Wirkung der Steuerreform 2015/16 sollte der Preisauftrieb wieder etwas zunehmen. Für die Periode 2016/2020 wird mit einem Preisanstieg von durchschnittlich 1,6% laut BIP-Deflator und 1,8% laut Verbraucherpreisindex gerechnet. Der seit 2011 beträchtliche Inflationsvorsprung gegenüber Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes dürfte sich über den Prognosehorizont merklich verringern.

6. Öffentliche Haushalte – Budgetpfad mit Unsicherheiten

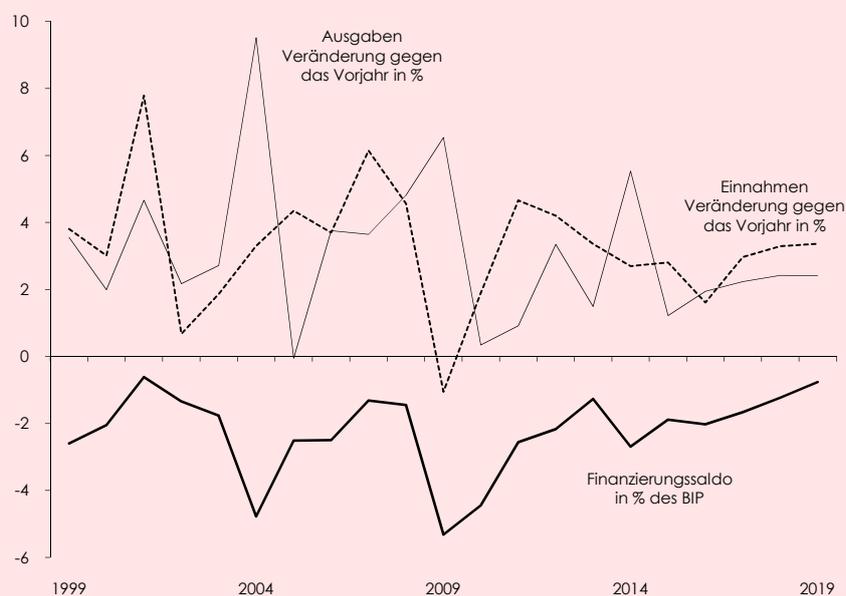
Die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben werden im Prognosezeitraum in Höhe und Struktur von verschiedenen Entwicklungen beeinflusst: Die im Frühjahr beschlossene Steuerreform 2015/16 (siehe Kasten "Steuerreform 2015/16") umfasst im Wesentlichen eine umfangreiche Senkung der Lohn- und Einkommensteuer. Die Gegenfinanzierung soll primär durch Steuererhöhungen erfolgen, die von 2,5 Mrd. € 2016 auf 3,5 Mrd. € p. a. ab 2018 steigen. Netto beträgt somit die Steuerentlastung 2016 1,5 Mrd. €, ab 2018 erreicht sie 1,9 Mrd. € jährlich ($\frac{1}{2}$ % des BIP). Ergänzend werden zur Gegenfinanzierung des Steuereinnahmenschlusses ab 2016 Einsparungen bei Verwaltung und Förderungen auf Bundes- und Länderebene im Umfang von 1,1 Mrd. € angestrebt.

Vor dem Hintergrund der nur mäßigen Konjunkturerholung und der hohen und weiter steigenden Arbeitslosigkeit kommt die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur verhalten voran. 2014 betrug der Maastricht-Saldo, primär getrieben durch umfangreiche Bankenhilfen, $-2,7\%$ des BIP. Er wird 2015 auf $-1,9\%$ des BIP sinken und 2016 auf etwa diesem Niveau (-2% des BIP) verharren. Erst ab 2017 ist mit einer schrittweisen weiteren Verringerung auf $-0,3\%$ des BIP im Jahr 2020 zu rechnen. Im Maastricht-Saldo sind 2015 Einmaleffekte von 1,7 Mrd. € für Bankenhilfen enthalten. In den Folgejahren sollten die Bankenhilfen allmählich auslaufen – für 2016 bis 2018 wird noch mit jeweils etwa $\frac{1}{2}$ Mrd. € gerechnet, für 2019 mit 0,3 Mrd. €. 2020 sollten aus heutiger Sicht keine Bankenhilfen mehr anfallen.

Die Staatsausgabenquote wird im Prognosezeitraum in jährlichen Schritten zurückgehen. Betrug sie 2014 52,7%, so wird sie 2020 knapp über der 50%-Marke liegen. Mit einem durchschnittlichen Wachstum der Ausgaben von 2,3% in den Jahren 2016 bis 2020 wird die Ausgabendynamik gegenüber dem Zeitraum 2011 bis 2015 ($+2,5\%$ p. a.) etwas gedämpft verlaufen. Dabei wird weiterhin von der allmählichen Umsetzung der durch die bisherigen Konsolidierungspakete eingeleiteten ausgabendämpfenden Maßnahmen in den Bereichen Pensionen, Förderungen, Verwaltung und Gesundheit ausgegangen. Auch wird die vollständige Erreichung der zur Gegenfinanzierung der Steuerreform 2015/16 mit 1,1 Mrd. € jährlich geplanten Einsparungsziele angenommen. Nach wie vor steht jedoch die Spezifizierung konkreter Maßnahmen in einigen Bereichen aus, etwa im Fördersystem oder im Gesundheitswesen. Auch ist das zur Gegenfinanzierung der Steuerreform anvisierte Einsparungsvolumen auf Bund- und Länderebene noch nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Die bis einschließlich 2018 steigende und anschließend nur langsam sinkende Arbeitslosigkeit erfordert Mehrausgaben. Ebenso wird für 2015 und die kommenden Jahre mit wachsenden Ausgaben für Flüchtlinge gerechnet. Dauerhaft bemerkbar machen sich auch die verschiedenen Offensivmaßnahmen der letzten Jahre: insbesondere die Ausweitung von Mitteln für Universitäten und Fachhochschulen, der Ausbau von vorschulischer Erziehung und von Nachmittagsbetreuung sowie die schrittweise Erhöhung der Familienbeihilfe. Entlastend wirkt das anhaltend niedrige Zinsniveau: Trotz steigender Staatsverschuldung bleiben die Zinsausgaben konstant bzw. sinken zwischen 2017 und 2019 sogar, da auslaufende höher verzinsten Staatsanleihen zu

deutlich niedrigeren Zinssätzen refinanziert werden können bzw. die Neuverschuldung zu vergleichsweise günstigen Zinssätzen erfolgen kann. Erst ab 2020 ziehen die Zinsausgaben wegen des ab 2017 erwarteten allmählichen Anstieges der Sekundärmarktrendite wieder leicht an.

Abbildung 10: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)



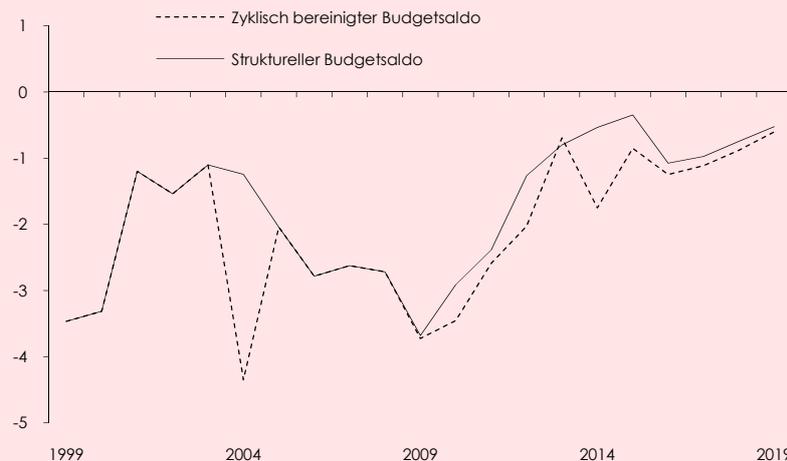
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Einnahmen weisen mit +3% p. a. im Zeitraum 2016 bis 2020 eine höhere Dynamik auf als die Ausgaben, die jedoch gegenüber dem Zeitraum 2011 bis 2015 (+3,5%) merklich abnimmt. Daher sinkt die Einnahmenquote, die 2014 die 50%-Marke erreichte und 2015 mit 50,2% des BIP leicht darüber liegen wird, ab 2016 wieder leicht unter diese Marke. Die Senkung der Einnahmenquote 2016 ist insbesondere Ergebnis der Steuerreform 2015/16. In den Folgejahren steigt die Einnahmenquote geringfügig und liegt 2020 wieder knapp unter 50% des BIP. Die Lohn- und Einkommensteuersenkung durch die Steuerreform 2015/16 erhöht insgesamt die Aufkommenselastizität der Einkommensteuer, die daher ab 2017 jährlich zunehmende kräftige Zuwächse aufweist. Mit überdurchschnittlicher Dynamik entwickeln sich auch die Körperschaftsteuereinnahmen sowie – getrieben durch Sondereffekte aus der Einschränkung des Anwendungsbereiches des ermäßigten Steuersatzes sowie die geplanten Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung – die Umsatzsteuer.

Der strukturelle Budgetsaldo geht 2015 zurück auf $-0,3\%$ des BIP, steigt jedoch 2016 wieder auf $-1,1\%$ des BIP und verringert sich 2017 mit -1% des BIP kaum. Damit wird der von der Regierung im Stabilitätsprogramm vom April 2015 vorgezeichnete Pfad für die Entwicklung des strukturellen Budgetsaldos laut vorliegender Prognose nicht eingehalten: Bereits 2015 müsste das mittelfristige Budgetziel (MTO) eines strukturell fast ausgeglichenen gesamtstaatlichen Budgets erreicht werden (das einem strukturellen Saldo von höchstens $-0,45\%$ des BIP entspricht). Nach der Prognose des WIFO wird das MTO erst ab 2019 nachhaltig erreicht. Die Vorgabe des fiskalischen Regelwerkes der EU, gemäß dem präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes den strukturellen Budgetsaldo jährlich um mindestens $0,5\%$ des BIP zu verbessern, kann somit in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht eingehalten werden. Wenn, wie derzeit auf EU-Ebene diskutiert wird, die durch den verstärkten Zustrom an Flüchtlingen verursachten zusätzlichen öffentlichen Ausgaben aus dem strukturellen Defizit herausgerechnet werden dürfen, könnte dieses 2016 entsprechend geringer ausfallen.

Abbildung 11: Zyklisch bereinigter und struktureller Budgetsaldo

In % des BIP



Q: WIFO-Berechnungen.

Die Staatsschuldenquote wird 2015 mit gut 86% des BIP ihren voraussichtlichen Höchstwert erreichen, in den Folgejahren schrittweise sinken und 2020 wieder unter 80% des BIP liegen. Hier ist allerdings auf die Unsicherheiten der Prognose der Stock-Flow Adjustments hinzuweisen (mögliche Schuldentilgungen aus Verkaufs- oder Privatisierungserlösen, die laut Maastricht-Definition nicht defizitwirksam sind, z. B. durch die Hypo-Alpe-Adria-Abbaugesellschaft HETA Asset Resolution AG). Neben der laufenden Neuverschuldung wurde die Entwicklung der Staatsschuldenquote jüngst auch von statistischen Revisionen (Neuklassifizierung zahlreicher institutioneller Einheiten zum Sektor Staat mit dem revidierten ESVG 2010) sowie der Übernahme der Hypo-Alpe-Adria-Verpflichtungen getrieben.

Übersicht 7: Staat

	Ø 2005/ 2010	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,6
Laufende Ausgaben	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,4
	Ø 2006/ 2010	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 3,0	- 2,1	- 1,2	- 1,9	- 2,0	- 1,7	- 1,2	- 0,8	- 0,3
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,8	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3
Struktureller Budgetsaldo	- 2,9	- 1,1	- 0,7	- 0,3	- 1,1	- 1,0	- 0,7	- 0,5	- 0,3
Staatsschuld	72,5	83,0	82,7	86,2	85,3	84,6	83,3	81,5	79,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Unsicherheiten ergeben sich in der mittelfristigen Budgetprognose zum einen hinsichtlich der Umsetzung der seit 2011 verabschiedeten Konsolidierungspakete, und hier insbesondere in Bezug auf die ausgabenseitigen strukturellen Maßnahmen – etwa im Gesundheitssystem oder zur Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters. Zum anderen birgt die Realisierung der Gegenfinanzierungsmaßnahmen für die Steuerreform 2015/16 Unsicherheiten: So sind die Einsparungsmaßnahmen auf Bundes- und Länderebene noch nicht konkretisiert. Auch ist die vollständige Umsetzung der Maßnahmen zur Steuerbetrugsbekämpfung vor allem kurzfristig als ambitioniert anzusehen. Schließlich würden auch über das bereits berücksichtigte Volumen hinausgehende zusätzliche Bankenhilfen den Staatshaushalt entsprechend belasten.

7. Risiken der mittelfristigen Konjunkturprognose

In der internationalen Wirtschaftsentwicklung – im Besonderen in China und den rohstoffexportierenden Schwellenländern – liegt eine hohe Unsicherheit für die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten. Die bisher nur teilweise korrigierten Ungleichgewichte im chinesischen Finanzbereich bergen das Potential für eine rasche und überschießende Korrektur. Ein solches Szenario würde deutlich negative Auswirkungen für die Weltwirtschaft und damit auch für die österreichischen Wachstumsaussichten mit sich bringen.

Der beträchtliche Anstieg der Sparquote im Gefolge der Steuerreform 2015/16 impliziert, dass die Steuersenkung nicht als nachhaltig angesehen wird (z. B. da die kalte Progression nicht eliminiert wurde). Sollte es im Prognosezeitraum gelingen, das Steuersystem dahingehend anzupassen und diese Effekte zu verringern, könnte die Konsumnachfrage stärker ausfallen.

Für die Steuerreform 2015/16 wurde angenommen, dass sowohl die Entlastungen als auch die Gegenfinanzierung termingerecht und in vollem Umfang 2016 umgesetzt werden. Für die Tarifierfassung der Lohn- und Einkommensteuer, die mehr als 90% der Entlastungen ausmacht, ist diese Annahme durchaus realistisch, da der Nationalrat die entsprechenden Gesetze noch vor dem Sommer 2015 beschlossen hat und die Tarifierfassung mit 1. Jänner 2016 wirksam werden kann. Für die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung bestehen jedoch noch deutliche Umsetzungsrisiken, da konkrete Vorschläge bzw. Gesetzesvorlagen zur Umsetzung der Einsparungen (Einschränkung von Subventionen, Sachaufwendungen, Personalausgaben) und der Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung fehlen. 2016 und 2017 könnte damit die konjunkturdämpfende Wirkung der Gegenfinanzierung geringer ausfallen, aber auf Kosten eines höheren Budgetdefizits und einer höheren Verschuldung.

Der unterstellte Anstieg der Zahl der privaten Haushalte impliziert eine Zunahme der Nachfrage nach Wohnraum. Sollten die angekündigten Initiativen zur Schaffung zusätzlicher Wohnraumes für Haushalte mit niedrigem bis mittlerem Einkommen im Prognosezeitraum umgesetzt werden, würde das den Bauinvestitionen zusätzlichen Auftrieb verleihen.

Beide Effekte wirken in dieselbe Richtung und könnten zu einem stärkeren Wachstum von BIP und Beschäftigung beitragen.

Der Zustrom von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden ist sehr schwierig einzuschätzen. Kurz- bis mittelfristig kann er die Finanzierung des Staatshaushaltes belasten und durch den Anstieg des Arbeitskräfteangebotes die Situation auf dem österreichischen Arbeitsmarkt weiter erschweren. Langfristig besteht hingegen die Chance, dass die Zunahme der Bevölkerung das Potentialwachstum erhöht und der Druck durch die demographische Entwicklung verringert wird.

8. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., "Steuerreform 2015/16 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen bis 2019", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 399-416, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58171>.
- Bilek-Steindl, S., Glocker, Ch., Kaniowski, S., Url, Th., "Outputlücke und strukturelles Defizit für Österreich. Kritische Analyse der Methode der Europäischen Kommission", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(9), S. 737-751, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/46945>.
- Breuss, F., "Effects of Austria's EU Membership", Austrian Economic Quarterly, 2013, 18(2), S. 103-114, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46896>.
- Butschek, F., Der österreichische Arbeitsmarkt – Von der Industrialisierung bis zur Gegenwart, Gustav Fischer Verlag, Wien-Stuttgart, 1992.
- Europäische Kommission (2015A), "European Economic Forecast. Spring 2015", European Economy, 2015, (2).
- Europäische Kommission (2015B), Communication and Information Resource Centre for Administrations, Businesses and Citizens – CIRCABC, Brüssel, 2015, <https://circabc.europa.eu/faces/jsp/extension/wai/navigation/container.jspx?FormPrincipal: idcl=FormPrincipal: id3&FormPrincipal.SUBMIT=1&id=e4113eb7-4058-4dc3-8a6c-6083c0de4a23&javax.faces.ViewState=O0ABXVvABNbTGphdmEubGFuZy5PYmplY3Q7kM5YnxBzKWwCAAB4cAAAAAN0AAE1cHQAKy9ac3AvZSh0ZW5zaWw9uL3dhaS9uYXZpZ2F0aWw9uL2NvbhR>

- [haW5lci5qc3A](#) (Navigation: Kategorie durchsuchen/Economic and Financial Affairs/Output gaps/Bibliothek/2014-II AUTUMN forecast/Results).
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, Ch., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., Vandermeulen, V., "The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps", European Economy, Economic Papers, 2014, (535).
- Hers, J., Suyker, W., "Structural budget balance: a love at first sight turned sour", CBP Policy Brief, 2014, (07).
- Klär, E., "Potential Economic Variables and Actual Economic Policies in Europe", Intereconomics, 2013, (1), S. 33-40.
- Planas, Ch., Roeger, W., Rossi, A., "The information content of capacity utilization for detrending total factor productivity", Journal of Economic Dynamics and Control, 2013, 37(3), S. 577-590.
- Scheiblecker, M. (2015A), "Österreichs Wirtschaft im Rückstand?", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(6), S. 497-510, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58214>.
- Scheiblecker, M. (2015B), "Österreichs Wirtschaft gewinnt etwas an Dynamik. Prognose für 2015 und 2016", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(10), S. 735-747, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58445>.
- Schiman, St., "Zuversicht in den USA, Unsicherheit im Euro-Raum, fragile Entwicklung in den Schwellenländern. Mittelfristige Prognose für die Weltwirtschaft bis 2020", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(10), S. 769-777, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58448>.
- Tichy, G., "Wirtschaftsstandort Österreich – von der 'Überholspur' aufs 'Abstellgleis'", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(8), S. 635-648, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58339>.